



Innen- und Rechtsausschuss
Der Vorsitzende

Kiel, 3. April 2025
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1143
(0431) 988 1152
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die 85. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 2. April 2025, 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Beginn: 14:00 Uhr

1. **Bericht der Landesregierung zu Aussagen des Ministerpräsidenten im Zusammenhang mit dem Beschluss der Landesregierung zur Einsetzung einer „Taskforce Zivile Verteidigung“**
Berichts Antrag der Abgeordneten Sybilla Nitsch (SSW)
[Umdruck 20/4637](#)

Innenministerin und der Leiter der Bevölkerungsschutzabteilung des Innenministeriums berichten, eine kurze Aussprache folgt.

2. **Bericht der Landesregierung zu einem Strafverfahren gegen einen 17-jährigen Elmshorner wegen des Vorwurfs der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat u. a.**
Angebot des Justizministeriums

Die Staatsanwaltschaft Flensburg berichtet in einem kurzen öffentlichen sowie einem ausführlichen nicht öffentlichen und vertraulichen Sitzungsteil; eine Aussprache folgt jeweils.

3. **Bericht der Landesregierung über den Einsatz von Polizei und Feuerwehr anlässlich einer Protestaktion von Klima-Aktivisten auf der B 404 am 10. März 2025 sowie zu Presseberichten über Entscheidungen der Staatsanwaltschaft Kiel zur Feststellung der Identität der Beteiligten**
Berichts Antrag des Abgeordneten Niclas Dürbrook (SPD)
[Umdruck 20/4605](#)

Innenstaatssekretärin und Staatsanwaltschaft Kiel berichten und antworten auf Fragen.

4. **Bericht der Landesregierung zum aktuellen Entwicklungs- und Umsetzungsstand einer Neukonzeptionierung des landespolizeilichen Bäderdienstes**
Berichts Antrag des Abgeordneten Dr. Bernd Buchholz (FDP)
[Umdruck 20/4497](#)

Die Innenstaatssekretärin und weitere Vertreter des Innenministeriums berichten zur Neukonzeption, [Umdruck 20/4636](#). Eine Aussprache folgt.

5. Bericht über die Umsetzung der Ausweitung des Hochrisikomanagements in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 20/3010](#)

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Sozialausschuss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung. Er bittet bei inhaltlicher Beratung um nachrichtliche Einladung.

6. Medienvielfalt sichern – Meinungsbildung verteidigen – Demokratie schützen

Antrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 20/3029](#)

Medienaufsicht ist eine gemeinsame Aufgabe der Länder

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 20/3095](#)

Der Ausschuss kommt überein, die Vorlagen mit einer Vertretung der Staatskanzlei zu beraten.

7. Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und den Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern über die Errichtung eines gemeinsamen Senats des Finanzgerichts Hamburg

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 20/2911](#)

Der Ausschuss bittet die Landesregierung, die Ergebnisse der Verbändeanhörung zur Verfügung zu stellen.

8. Entwurf eines Gesetzes zum Zehnten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften in Hamburg und Schleswig-Holstein (Zehnter Medienänderungsstaatsvertrag HSH – 10. MÄStV HSH)

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 20/3021](#)

Der Ausschuss bittet die Landesregierung, die Ergebnisse der Verbändeanhörung zur Verfügung zu stellen.

9. Information/Kennntnisnahme

[Umdruck 20/4532](#): Resolution der Insel- und Halligkonferenz – Daseinsvorsorge: Sicherung von Wohn- & Wirtschaftsraum

[Unterrichtung 20/239](#): Sechster Medienänderungsstaatsvertrag, Entwurf des Zustimmungsgesetzes

[Unterrichtung 20/240](#): Siebter Medienänderungsstaatsvertrag/Reformstaatsvertrag, Entwurf des Zustimmungsgesetzes

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen zur Kenntnis.

10. Verschiedenes

Der Ausschuss bittet die Landesregierung, den MEGAVO-Abschlussbericht zu übersenden, sobald dieser vorliegt, sowie nach Möglichkeit umgehend den Zwischenbericht zur Verfügung zu stellen.

Zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes, [Drucksache 20/2834](#) (neu), verständigt sich der Ausschuss, die Stellungnahmen nunmehr bis 28. April 2025 anzufordern.

Schluss: 16:40 Uhr

gez. Dr. Sebastian Galka